Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 45 (1951)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : Kriegsende in Korea ; Was nun weiter? ; Noch mehr Rüstungen ; Vom "freien" Europa ; Persien - ein Schulfall ; Jordanien - Israel ; Indische Not ; "Opfer militärischen Denkens"

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139522

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kriegsende in Korea Die große Überraschung der Berichtszeit ist das nahende Ende des Koreakrieges. Die Börse und die Geschäftswelt überhaupt haben die «drohende» Einstellung der Feindseligkeiten in Korea und das Schwinden der Aussicht auf einen allgemein ostasiatischen Krieg mit Bestürzung aufgenommen; die übrige Menschheit ist von einem Albdruck befreit und wagt wieder hoffnungsvoller in die Zukunft zu schauen. Die beteiligten Regierungen haben jedenfalls die sorgsam in eine sonst bedeutungslose Radiorede Jakob Maliks, des sowjetrussischen Vertreters bei den Vereinten Nationen, eingewickelte Aufforderung zum Abschluß eines *Waffenstillstands* in Korea sofort mit Eifer ergriffen. Die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der UNO (lies: Amerikas) und denjenigen Nordkoreas und Chinas sind, während wir schreiben, in vollem Gang, und die Hoffnung auf eine Beendigung des grauenhaften Gemetzels, zu dem der Koreakrieg geworden ist, scheint trotz allen Schwierigkeiten, die sich noch einstellen werden, wohlbegründet.

Wie konnte es zu dieser großen Wendung kommen? Man macht sich die Antwort zu leicht, wenn man sagt, die Russen, die «bekanntlich» den ganzen Koreakrieg entfesselt hätten, wären jederzeit imstande gewesen, ihn auch wieder abzubrechen, hätten aber erst durch den gemeinsamen Widerstand der «freien Völker» gegen ihr tückisches Angriffsunternehmen gezwungen werden müssen, ihren ostasiatischen Satelliten gegenüber ein Machtwort zu sprechen. Tatsächlich hing weder die Auslösung noch die Abstellung des Koreakrieges wesentlich von der Sowjetunion ab. Der Krieg, der am 25. Juni 1950 ausbrach, war in erster und letzter Linie ein Revolutionskrieg des kommunistischen Nordkoreas, hinter dem – *wenn* man schon auswärtige Einflüsse daran beteiligt sehen will – weit mehr China stand als Rußland, war doch die chinesische Revolution solange unvollendet und stets bedroht, als Südkorea unter einem feudal-reaktionären Regime stand, das von dem gegenrevolutionären Amerika und seinem erklärt chinafeindlichen ostasiatischen Statthalter MacArthur gestützt wurde. Die Sowjetunion wußte natürlich von dem bevorstehenden Angriff der Nordkoreaner auf den Südstaat und billigte ihn, weil sie sich durch immer wiederholte Erklärungen der (scheinbar) maßgebenden Washingtoner Regierungsstellen zu der Annahme verleiten ließ, daß die Vereinigten Staaten Südkorea ohnehin abgeschrieben hätten. Als sich dann erwies, daß dieser «Defaitismus» im entscheidenden Augenblick von den Aktivisten der Mac Arthur-Schule auf die Seite geschoben und der Kampf gegen die soziale Revolution in Ostasien aufs neue und mit einer zügigen Deckparole – Durchsetzung der kollektiven Sicherheit gegenüber einem ruch-

losen Angriff – aufgenommen wurde, da *konnte* Moskau nichts anderes tun, als den Ereignissen ihren Lauf zu lassen und sich selbst möglichst aus dem Spiel zu halten. Und die Sowjetunion verzichtete ja tatsächlich auf jegliches militärische Eingreifen in den Koreakrieg auch dann, als eine verhältnismäßig geringfügige Waffenhilfe an Nordkorea, zum Beispiel mit Flugzeugen, genügt hätte, um die in den äußersten Südostwinkel Koreas gedrängten Amerikaner vollends ins Meer zu werfen.

Der psychologische Augenblick zum Eingreifen Rußlands – nicht zum militärischen, sondern zum politischen – war erst gekommen, als sich herausstellte, daß eine militärische Entscheidung in Korea selbst unmöglich geworden war. Dem Oberkommando der UNO-Streitkräfte war das längst klar geworden; darum MacArthurs Drängen auf eine Ausdehnung des Krieges nach China hinein. Die amerikanische Regierung suchte durch die Absetzung MacArthurs um diese Folgerung herumzukommen, stand aber in großer Gefahr, durch die Logik der Dinge und die Propaganda der Draufgängergruppe um den grollenden Ex-Generalissimus herum dennoch in das Abenteuer eines Krieges mit China – und damit wahrscheinlich auch der Sowjetunion – hineingetrieben zu werden. Wenn sie deshalb die Anregung Maliks begierig aufgriff, so handelte sie damit nur im wohlverstandenen Interesse ihrer Gesamtpolitik, die auf die Vermeidung eines Zusammenstoßes mit dem Weltkommunismus in Ostasien und die Vorbereitung einer Machtprobe in *Europa* ausgerichtet ist. McArthurs und seiner Anhänger Stellung ist jedenfalls durch die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen von Kaesong neuerdings wesentlich geschwächt worden, was sich in den heftigen Ausfällen des abgesetzten Generals gegen die ganze Innen- und Außenpolitik der Regierung Truman deutlich genug kundtut.

Anderseits mußten sich auch die Nordkoreaner und Chinesen wie die Russen selbst nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive 1951 davon Rechenschaft geben, daß die Amerikaner nicht mehr mit Gewalt aus Südkorea vertrieben werden könnten. Wenigstens nicht ohne volle Mithilfe der Sowjetunion. Und diese Hilfe zu leisten, dazu war man eben in Moskau weniger als je bereit. Dazu kam, daß die Entfernung MacArthurs die Gefahr einer Bekriegung Chinas durch die Vereinigten Staaten mindestens für den Augenblick beseitigt hatte und die Pekinger Republik keine unmittelbare Bedrohung von dieser Seite mehr geltend machen konnte. Man war im Kreml ohnehin nicht immer sehr einig mit der Haltung, die das neue China in dem ganzen Konflikt einnahm, und fand nun den Zeitpunkt gekommen, um ohne jede Erwähnung der Frage des chinesischen Sitzes im Sicherheitsrat und des Formosaproblems, ja offenbar ohne vorherige Begrüßung der Pekinger Regierung, vor der Weltöffentlichkeit den Abbruch des Koreakrieges anzuregen. Was blieb den Chinesen – und gar den Nordkoreanern – anderes übrig, als auf die russische Linie einzuschwenken und ihrerseits Hand

zur Beendigung eines aussichtslos gewordenen Krieges zu bieten? Das Gesicht blieb ja dabei gewahrt; hatten die Vereinten Nationen das Ziel einer Einigung Koreas unter «demokratischer» Kontrolle nicht erreicht und nur ihre Mindestabsicht, die Zurücktreibung der Nordkoreaner hinter den 38. Breitengrad, verwirklichen können, so hatten auch die Nordkoreaner wenigstens die Genugtuung, den Plan für die Zerstörung ihres revolutionären Staates zunichte gemacht zu haben, wenn sie auch ihr Haupt- und Anfangsziel, die Einigung Koreas auf dem Boden *ihres* Systems, verfehlt hatten. Kurz, erst unter diesen Umständen wurde es den Russen möglich, den Abschluß eines Krieges zu vermitteln, dem sie von Anbeginn an nur mit gemischten Gefühlen zugeschaut hatten.

Was nun weiter? Man hat viel hin- und hergeraten, was die *«eigentliche»* Absicht der Sowjetunion bei ihrer Friedensaktion für Korea sei. Denn daß die Russen immer abscheuliche Hintergedanken bei allen scheinbar anständigen Handlungen und Haltungen haben müssen, das ist für die meisten Leute in der westlichen Welt ein Glaubenssatz, der keines weiteren Beweises bedarf. Und man hat deshalb behauptet, daß Moskau nur darum Ruhe in Ostasien haben wolle, weil es nunmehr aussichtsreichere Angriffsziele an andern Orten des Erdballs ins Auge gefaßt habe – Persien und Jugoslawien zum Beispiel – und den Aufrüstungswillen der Westmächte lähmen möchte, um seine Kriegsabsichten eher verwirklichen zu können. Wir halten diese Betrachtungsweise für ebenso unwürdig wie dumm. Die Leiter der Sowjetpolitik, die – wie sie wenigstens glauben – rational und realistisch denken, haben gute Gründe, um wirklich den Frieden zu suchen. Sie sehen, daß das Wettrüsten, wenn es nicht noch rechtzeitig eingestellt wird, über kurz oder lang zum offenen Zusammenstoß der beiden Blöcke führen muß, einem Zusammenstoß, der für Rußland eine unabsehbare Katastrophe bedeuten würde. Sie fürchten namentlich die Folgen einer Wiederaufrüstung Deutschlands, dessen Tatendrang unvermeidlich wiederum nach Osten gelenkt würde, und neuerdings fast noch mehr die Wiederherstellung der Militärmacht Japans, mit dem sich ohne, und das heißt gegen die Sowjetunion, zu verständigen die Westmächte im Begriffe stehen – wie sie es seinerzeit mit Hitler und Mussolini in München getan haben. Und sie stellen fest, wie die westeuropäischen Staaten mehr und mehr in eine willenlose Abhängigkeit von Amerika geraten, wie auch die öffentliche Meinung in diesen Ländern immer mehr einem fatalistischen Laisser-aller verfällt, das der Entfachung einer allgemeinen Bewegung des Widerstands gegen Aufrüstung und Krieg nicht günstig ist. So sind denn die Sowjetführer offenkundig überzeugt, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei, um durch diplomatische und politische Interventionen eine Atmosphäre zu schaf-

fen, in der eine wenn auch nur vorläufige Gesamtverständigung zwischen den Großmächten möglich würde. Ein Schritt in dieser Richtung ist die Anregung, den Koreakrieg zu beendigen, wobei man in Moskau vielleicht – diesmal sicher trügerischerweise – hofft, als Gegenleistung zu dieser Vermittlungsaktion die Zulassung der Sowjetunion zu der bevorstehenden Konferenz über den Friedensvertrag mit Japan zu erlangen.

Das Suchen nach hinterlistigen Manövrierplänen, die der Kreml mit seinem Waffenstillstandsvorschlag verfolge, darf somit ruhig eingestellt werden. Es widerspricht übrigens auch der Art und Weise, wie man seinerzeit den *Ausbruch* des Koreakrieges erklären wollte: mit der russischen Absicht nämlich, Amerika in eine Falle zu locken und seine Kräfte sich in Ostasien erschöpfen zu lassen, worauf es um so leichter in Europa lahmgelegt oder gar direkt angepackt werden könne. Jetzt, da die Sowjetunion den Koreakrieg *abgebrochen* haben will, unterstellt man ihr den gleichen Plan im Zusammenhang mit einer Aktion, die genau das Gegenteil dessen erstrebt, was sie angeblich vor einem Jahr mit dem «stellvertretenden Angriff» ihres nordkoreanischen Satelliten auf Südkorea erstrebt hatte ... Viel richtiger scheint es uns, zu fragen, was *Amerika* nach dem Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea eigentlich wolle. Vergessen wir doch nicht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Erklärung vom 27. Juni 1950 nicht nur ihr militärisches Eingreifen in Korea ankündigte (das dann gefälligerweise von der UNO juristisch und moralisch gedeckt wurde), sondern auch entsprechende Maßnahmen in bezug auf Formosa, Indochina und die Philippinen traf. Mit andern Worten: Amerika dehnte den Bereich der Truman-Doktrin, der bisher auf Westeuropa, Griechenland und die Türkei beschränkt gewesen war, nunmehr auf den ganzen Raum des Stillen Ozeans aus. Das amerikanische Imperium um den Pazifik herum sollte neue, mächtige Stützpfeiler erhalten und der bewaffnete Kampf gegen den Kommunismus in Ostasien in aller Form eröffnet werden. Oder besser: wiedereröffnet. Denn mit der finanziellen und politischen Unterstützung der Kuomintangregierung (Kostenpunkt über drei Milliarden Dollar) hatten die Vereinigten Staaten den Kampf gegen die nationale und soziale Revolution in China ja bereits jahrelang geführt, nach dem Siege der Volksbewegung aber Tschiang Kai-shek offiziell wieder fallen gelassen. Jetzt arbeiteten sie aufs neue mit ihm zusammen und sicherten ihm insbesondere den Besitz von Formosa, das die Pekinger Regierung ebenfalls zu gewinnen sich gerade anschickte. An Indochina hatten sich die Vereinigten Staaten bisher mehr oder weniger desinteressiert; nun erklärten sie sich solidarisch mit Frankreichs häßlichem Kolonialkrieg und lieferten Geld und Waffen für dessen siegreiche Beendigung. Die Philippinen hatte Washington seinem früheren Versprechen gemäß nach dem zweiten Weltkrieg freigegeben; jetzt zog die Regierung Truman das Inselland fest in sein

pazifisches Stützpunktsystem ein, so wie amerikanisches Kapital es nach wie vor auch wirtschaftlich beherrschte. Japan aber soll, nach sechsjähriger Besetzung, durch den zur Unterzeichnung fertigen Friedensvertrag zum Kampf gegen China und die Sowjetunion militärisch erneut aufgerüstet werden (in offener Verletzung der neuen japanischen Verfassung, die die Besetzungsmacht selber diktiert hat) und dadurch nicht nur ein Verbündeter, sondern tatsächlich ein des eigenen Willens unfähiger Satellit Amerikas werden. Wobei Großbritannien nach etwelchem Zögern energisch mithilft. Was das bedeutet, hat jüngst der «New Statesman» (21. Juli) unmißverständlich ausgesprochen:

«Daß England und die Vereinigten Staaten gemeinsam den Entwurf zu einem japanischen Friedensvertrag empfehlen sollen, der ohne Rücksicht auf die Sowjetunion und China ausgearbeitet wurde, ist ein erschreckendes Anzeichen dafür, wie weit entfernt noch eine Gesamtregelung der Lage im Fernen Osten ist. Ein japanischer Friedensvertrag könnte und sollte eine der Grundlagen einer solchen Regelung sein. Er muß ja unvermeidlicherweise den Verlauf der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung in großen Teilen Südasiens auf Jahre hinaus bestimmen. Die Abwesenheit Pekings vom Konferenztisch muß als ernsthafter Rückschlag für die Sache des Friedens betrachtet werden. Ohne China wird ein Schritt, der den Anfang einer aufbauenden Regelung hätte bilden können, zu einer weiteren Verschärfung der Schwierigkeiten.»

Die Japanpolitik der Westmächte muß in der Tat, wie das Londoner Blatt weiter bemerkt, China erst recht auf die Seite der Sowjetunion drängen und in dieser die Furcht vor einer feindseligen Einkreisung vermehren. «Die Annahme einer solchen Aussicht darf auch in einer Zwangslage nicht ohne Widerspruch erfolgen.» Noch mehr: die Sache des Friedens, der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit in Asien wie in der Welt überhaupt kann nicht zum Siege geführt werden, ohne daß *Amerika seine bisherige Ostasienpolitik radikal umstellt.* Die machtmäßige Bekämpfung der sozialen und nationalen Revolution der asiatischen Völker und die Entwicklung ihrer Wirtschaft vom Boden des Kapitalismus aus muß einer verständnisvollen Förderung der Freiheitsbewegung der farbigen Rassen auf dem Boden einer solidaristischen Weltplanwirtschaft weichen – *das* ist die grundlegende Forderung, die heute an die Asienpolitik der Vereinigten Staaten gestellt werden muß. Im Lichte dieses Sachverhaltes erscheint auch der Koreakrieg, den die Vereinten Nationen unter dem Titel der kollektiven Friedenswahrung, in Wahrheit aber in Unterstützung der amerikanischen Machtpolitik, geführt haben, als Fehlhandlung und als völlig wirklichkeitsfernes Gewaltunternehmen. Mit nur zuviel Recht sagt Théodore Gounelle in der «Cité Nouvelle», dem tapferen Halbmonatsblatt der französischen Religiössozialen:

«Die UNO ist gegen den Krieg in den Krieg gezogen. Das ist ein Punkt, auf den wir als Christen allein aufmerksam machen. Wir haben von Anfang an gesagt: Das ist ein Fehler; man überwindet den Krieg nicht durch den Krieg. Und die Ereignisse haben uns recht gegeben. Der Krieg, so wie man ihn heutzutage führen

muß, kann nicht die Gerechtigkeit zur Geltung bringen. Er zerstört alles. Um die Nordkoreaner zu bestrafen, hat man fast alle Südkoreaner abschlachten und alle ihre Städte zerstören müssen, nicht zu reden von den Kindern, Frauen und alten Leuten ganz Koreas, des südlichen wie des nördlichen, die völlig unschuldig waren. Der Straffeldzug hat alle Merkmale eines schmutzigen Krieges getragen und beinahe die Welt in Brand gesteckt. Der Vergleich mit dem Polizisten, der rechtmäßigerweise einen Banditen verhaftet, stimmt nicht. Wenn der Bandit richtig aufgestöbert und festgestellt ist, muß er unschädlich gemacht werden. Im Krieg sind aber die Unschuldigen, die büßen müssen, zahlreicher als die Schuldigen, die oft gar nicht büßen. Die Vorstellung von einer internationalen Polizei mit Reaktionsflugzeugen, Bomben und Napalm hat Bankrott gemacht. Sie muß aufgegeben werden ... Stark sein, um Furcht einzujagen, stark sein, um seine Kraft nicht gebrauchen zu müssen – das ist der große Trugschluß, der heute klarer daliegt als früher. Denn die Gewalt ist jetzt unbeherrschbar und blind. Pascal sagte, hinter der Gerechtigkeit müsse die Macht stehen. Heute würde er sagen, daß die Macht überhaupt nicht gerecht sein kann.»

Noch mehr Rüstungen Denkt Amerika – wir meinen immer das offizielle Amerika – auch nur von ferne daran, diese Folgerung aus dem Koreakrieg zu ziehen? Man braucht nur die jüngsten Reden seiner obersten Vertreter zu lesen, um im Bilde zu sein. Präsident Truman griff in seinem Wirtschaftsbericht vor dem Bundesparlament die Sowjetunion schärfer und – muß hinzugefügt werden – demagogischer an als je und forderte zum Schutz gegen die «Unterwerfung der freien Welt unter die kommunistische Herrschaft» noch umfassendere Kriegsrüstungen, als Amerika sie schon bisher bereitgestellt hat. Außenminister Acheson hieb in Detroit in die gleiche Kerbe, ausgehend von der Behauptung, der Koreakrieg habe bewiesen, daß «die Kommunisten bereit seien, das Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen». Den neun Millionen Mann, die die Sowjetunion ins Feld stellen könne, müsse eine derartig gewaltige Streitmacht der Westallianz entgegengesetzt werden, daß ein Angriff des Ostblocks von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. Und Botschafter Jessup, der an der Pariser Konferenz der stellvertretenden Außenminister die amerikanische Abordnung geführt hatte, warnte in einem Vortrag an der Universität Colgate: «Wir dürfen uns nicht von einem Gefühl der Sicherheit einlullen lassen durch kleine Gesten (gemeint ist die russische Anregung für einen Waffenstillstand in Korea), deren Ziel darin bestehen könnte, uns zur Abrüstung zu veranlassen, die uns für einen plötzlichen Angriff reif machen würde.» General MacArthur machte sich zwar das Vergnügen, in Boston festzustellen: «Materiell sind die Vereinigten Staaten heute so stark, daß das Gerede von einer Bedrohung unserer nationalen Sicherheit durch Anwendung von Gewalt von außen reiner Unsinn ist.» Aber so recht er in diesem Fall hat, so wenig lassen sich die Regierenden in ihren Bemühungen stören, die Kriegsfurcht des amerikanischen Volkes wachzuhalten und die ständige Steigerung der militärischen Rüstungen als eine Lebensnotwendigkeit für die Vereinigten Staaten und die übrige «freie Welt» erscheinen zu lassen. Die

Kosten dieser Kriegsvorbereitungen, die in den abgelaufenen zwölf Monaten 35 Milliarden Dollar betrugen – fast doppelt soviel wie im Jahr zuvor –, sollen bis Ende 1951 auf über 50 Milliarden steigen und Mitte des nächsten Jahres gar nahezu 65 Milliarden erreichen. Besonderer Wert wird dabei auf den Ausbau der rings um die Sowjetunion herum angelegten militärischen Stützpunkte gelegt, von denen aus Rußland konzentrisch angegriffen werden könnte. Von Kreta aus sind es zum Beispiel tatsächlich kaum mehr als 1600 Flugkilometer bis zu dem großen Industriegebiet am Dnjepr, nur 2200 Kilometer bis zu den Erdölproduktionsstätten im Kaukasus und nicht mehr als 2500 Kilometer bis Moskau selbst – Entfernungen, die die modernen Bomber ohne Mühe hin und zurück fliegen können. Von England aus, dem «unversenkbaren Flugzeugträger» der amerikanischen Luftwaffe, sind es nur 2600 Kilometer bis Moskau und etwa 2100 Kilometer bis Leningrad.

All diese Vorkehrungen, so sagt und glaubt man in Amerika, sind lediglich zur *Verteidigung* gegen einen sonst unfehlbar erfolgenden russischen Angriff bestimmt; ihrerseits denken die Vereinigten Staaten nicht im Traum an eine Bedrohung der Sowjetunion. Schön. Warum dann aber nicht dieselbe Verteidigungsabsicht auch den Russen zubilligen? Warum es als plumpe Heuchelei erklären, wenn Molotow kürzlich in Warschau sagte: «Wenn es jemals in der neueren Geschichte auf der Erde einen gesättigten Staat gab, so ist das die heutige Sowjetunion. An nichts in der Welt denken wir weniger als an einen Überfall auf die Engländer oder die Amerikaner oder auf irgendeinen unserer Nachbarn.» Für sich selber nehmen die Vereinigten Staaten und ihre Partner das Recht in Anspruch, viele Tausende Kilometer von den Küsten Amerikas entfernt, jenseits der Weltmeere, in Westeuropa und Ostasien militärische Stützpunkte zu errichten, ja ganze Länder ihrem Militärsystem anzuschließen. «Unsere Grenzen müssen heute an der Elbe und am Gelben Meer verteidigt werden», ist ein geläufiger Grundsatz der amerikanischen Strategie. Wenn aber die Sowjetunion sich erlaubt, *ihre* Grenzen in Polen und Ungarn, in Wien und Berlin zu verteidigen, also nur wenige hundert Kilometer von ihren Kerngebieten entfernt, und zwischen sich und Westeuropa eine Sperrzone legt, die ein neuerdings Rußland angreifender Feind nicht mehr so leicht solle durchstoßen können wie im Jahre 1941 – dann ist das in den Augen Amerikas selbstverständlich ein schlagender Beweis, daß man in Moskau Angriffsabsichten hat. Was würde man in Amerika erst sagen, wenn russische Armeen in Mexiko oder Kanada stünden, so wie schon seit Jahren amerikanische Divisionen und Flugzeuggeschwader in Westdeutschland und Griechenland stationiert sind? Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu!

Zu verargen ist es den Russen jedenfalls nicht, wenn sie bezweifeln, daß die riesigen militärischen Vorbereitungen Amerikas und seiner

Verbündeten ausschließlich der Verteidigung dienen, und überzeugt sind, daß sie auch oder sogar in erster Linie den Zweck haben, die Sowjetunion in eine Lage zu drängen, in der sie vor den Westmächten einfach kapitulieren oder aber einen hoffnungslosen Krieg annehmen müsse. Die Erbitterung und Entschlossenheit, mit der in den Vereinigten Staaten und weithin auch in Westeuropa (die neutrale Schweiz nicht ausgenommen!) jedes Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion, jede Verständigung mit den Russen durch gegenseitiges Vor- und Nachgeben als verhängnisvoller Kompromiß, ja als den späteren Angriff direkt herausfordernde Befriedungspolitik à la München verketzert wird, zwingt ja geradezu zu dem Schluß, daß man sich in den Kreisen, die so reden, ein friedliches Nebeneinanderleben von Kommunismus und Kapitalismus (man sagt zwar: Demokratie) auf die Dauer überhaupt nicht vorstellen kann und die einzig saubere Art, den Gegensatz der beiden Systeme auszutragen, in einem Waffengang sieht. Die Kommunisten, so hört man zur Erklärung beifügen, verstehen ja doch nur *eine* Sprache: die der Gewalt.

Vom „freien" Europa Es ist nur natürlich, daß auf dem Boden dieser Denkweise alle moralpolitischen Hemmungen im Kampf gegen den Kommunismus mehr und mehr verschwinden. Es war ja freilich schon immer klar, daß der Anspruch der Westmächte und besonders der Vereinigten Staaten, den kommunistisch-revolutionären Ländern gegenüber eine höhere Form der Kultur zu vertreten und die Menschlichkeit gegenüber der Barbarei, das Recht gegenüber der Gewalt, die Freiheit gegenüber der Tyrannei zu verteidigen, widersinnig und innerlich verlogen war. Wer einem Wirtschaftsregime huldigt, das den Profit zum Gott erhebt und in Form des Rüstungskapitalismus eine der gefährlichsten Kriegskräfte geworden ist, der schweige uns von Kultur und Sittlichkeit. Wer ein Hiroshima, ein Nagasaki mit seinen 120 000 Atomtoten auf dem Gewissen hat und bereit ist, dieselben Methoden in noch viel größerem Stil auch gegen das russische Volk anzuwenden, der höre gefälligst auf, sich als Vorkämpfer der Menschlichkeit aufzuspielen. Und wer sich mit einem Tschiang Kai-shek, einem Bao Dai, einem Syngman Rhee verbündet, um die gewaltige Freiheitsbewegung der ostasiatischen Völker zu ersticken, dem steht es wahrlich schlecht an, seinen Macht- und Interessenkampf gegen die Länder der kommunistischen Revolution unter dem Banner der Freiheit und Demokratie zu führen. Wären die Sowjetunion, die osteuropäischen Volksrepubliken und das neue China nur Diktaturstaaten – die Westmächte hätten wenig Schwierigkeiten, sich mit ihnen zu verständigen, sowenig sie solche hatten, als es galt, mit dem deutschen Nazismus und dem italienischen Faschismus zu einem Einvernehmen zu gelangen. Was ihnen an jenen Ländern so unerträg-

lich erscheint, das ist nicht ihr Antidemokratismus, sondern ihr Antikapitalismus. Und was sie ihnen gegenüber verteidigen, ist nicht schlechtweg die Freiheit, insbesondere nicht die Freiheit der sittlichen Persönlichkeit, sondern die Freiheit des Gelderwerbs und der Ausbeutung fremder Arbeit, im besten Fall die Freiheit, in einer Gesellschafts- und Kulturform weiterleben zu dürfen, die nun einfach ihre Zeit gehabt hat und neuen Formen menschlichen Gemeinschaftslebens Platz machen muß, wenn es auch im Westen sicher nicht diejenigen sein können, die im Osten vorderhand Geltung erlangt haben.

Die Losung von der Freiheit, welche die Westmächte gegen den kommunistisch-asiatischen Despotismus zu schützen hätten, ist so schon von Anfang an eine Unwahrheit gewesen. Sie wird es aber jetzt, da die Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltblöcken einer Entscheidung zustrebt, allmählich in einem derart gesteigerten Grade, daß man sich fragt, wie redliche Menschen sie immer noch in guten Treuen sich zu eigen machen können. Vom Friedensvertrag mit *Japan* haben wir bereits gesprochen; fügen wir dem nur bei, daß das «neue» Japan trotz den äußerlichen Demokratisierungsoperationen, die die amerikanische Besetzungsmacht an ihm vorgenommen hat, im Grunde die gleiche autokratische Gesellschaftsstruktur, den gleichen wirtschaftlichen Absolutismus, die gleiche politische Gewaltherrschaft aufweist, die das von den Westmächten im zweiten Weltkrieg so bitter bekämpfte alte Japan und seine brutal-unmenschliche Herrenschicht gekennzeichnet haben. Nicht viel anders steht es mit dem «neuen» *Deutschland*, genauer mit der westdeutschen Republik, auf deren rasche Wiederaufrüstung vor allem Amerika mit rücksichtsloser Konsequenz hindrängt. Der Plan ist, vorerst eine westdeutsche Wehrmacht in der Stärke von 250 000 Mann aufzustellen, gegliedert in sechs Armeekorps mit je zwei Divisionen und gegründet auf die allgemeine Militärdienstpflicht, die entgegen der Bonner Verfassung wieder eingeführt werden soll. Eingeschlossen in diese Wehrmacht soll eine Luftwaffe mit mindestens 2000 modernen Kampfflugzeugen und leichten Bombern sein, eine Luftmacht also, die derjenigen Hitlers kurz vor der Entfesselung des zweiten Weltkrieges zahlenmäßig ungefähr gleichkäme, ihr aber an Kampfkraft wesentlich überlegen wäre. Wie diese Pläne auf die Deutschen wirken, braucht kaum extra gesagt zu werden; bereits schießen an allen Ecken und Enden Soldatenbünde, Offiziersbruderschaften und Veteranenvereinigungen jeglicher Art aus dem Boden, mit einem Geist, der das Schlimmste ahnen läßt und denen nur allzu peinlich recht gibt, die nicht an eine Gesinnungswandlung im westdeutschen Volk, mindestens nicht in seinen maßgebenden Schichten, glauben wollten.

Nur nebenbei sei nochmals erwähnt, daß nun auch *Griechenland* und die *Türkei* glücklich zur Aufnahme in den Nord-Atlantikbund reif sind, zwei Länder also, die nur äußerster Zynismus irgendwie mit Demokratie oder Menschenrecht in Verbindung bringen kann. Am

stoßendsten ist es aber auch für die getreuesten Schildknappen der westmächtlichen Freiheitsritter, daß jetzt sogar das faschistische *Spanien* wirklich in das Militärsystem der «freien Nationen» eingegliedert wird, wie das ja schon seit langem zu erwarten war. Der Widerstand Frankreichs und Englands hat zwar die Vereinigten Staaten veranlaßt, diese Eingliederung nicht in Form einer Aufnahme Spaniens in den Atlantikbund vorzunehmen, sondern nur durch eine Militärallianz zwischen Amerika und der Regierung Franco. Aber es ist natürlich klar, daß das wirklich nur eine Formsache ist, dazu dienend, einen Schleier der Schamhaftigkeit über eine allzu krasse politische Unanständigkeit zu legen. Tatsächlich wird Spanien jetzt auch der Bundesgenosse der französischen, der englischen, der belgischen, holländischen, norwegischen usw. «Demokratie» im Kampf gegen östlichen Despotismus. Welche Selbstenthüllung dieser «Demokratien»! Welche Klarstellung des wahren Charakters ihres Kampfes! Kein Wunder, daß selbst der jüngste Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften – der völlig von den systemshörigen amerikanischen Gewerkschaften beherrscht ist – in Mailand in der ersten Bestürzung dem amerikanischen Außenminister telegraphierte, ein Bündnis mit Spanien würde «tatsächlich die moralische Grundlage der demokratischen Westallianz zerstören».

Diese Grundlage ist, wie gesagt, von Anfang an nicht dagewesen und braucht darum gar nicht erst zerstört zu werden – höchstens für die Naiven, die auf sie gebaut haben –; aber daß eine Kampffront, in die neben den lateinamerikanischen Diktaturen, den südeuropäischen Reaktionsregierungen, den vorderasiatischen Despotien und den ostasiatischen Feudaltyranneien auch ein reueloses, moralisch rehabilitiertes («gleichberechtigtes») Deutschland und das unmögliche Spanien Francos aufgenommen werden, daß eine solche Kampffront jedes Recht verwirkt hat, als die Sache der Freiheit verteidigend aufzutreten, das steht allerdings fest. Wobei noch ganz dahingestellt sei, ob Spanien mit seiner rückständigen Wehrmacht und seiner hoffnungslos zerrütteten Wirtschaft für Amerika und die übrigen Westmächte den Kraftzuwachs bedeuten wird, den man von ihm für den Kampf gegen den Kommunismus erwartet. Von einem freien Europa zu reden, das sich zur Verteidigung der menschlichen und politischen Selbstbestimmung mit den Vereinigten Staaten als der Vormacht der Weltdemokratie zusammengeschlossen habe, ist jedenfalls fürderhin noch sinnloser, als es schon bisher war.

Dies auch noch aus einem andern Grund. Im westlichen Lager hat man immer – und mit Recht – beanstandet, daß die unbedingte Vorherrschaft der Sowjetunion innerhalb des Ostblocks jede würdige Mitsprache der übrigen Teilhaber bei der Bestimmung der gemeinsamen Bundespolitik ausschließe. Sieht es aber im Westblock soviel besser aus? Von den ohnehin einflußlosen kleineren Mitläufern Amerikas sei dabei von vornherein abgesehen. Aber auch Länder wie *Frankreich* und

Italien sind heute, im Gefolge der Marshall- und der Rüstungshilfe, kaum mehr etwas anderes als bessere amerikanische Satelliten. Und *England*, das einst so stolze Albion? Es ist gleichfalls auf Gedeih und Verderb an die Vereinigten Staaten gebunden, und das heißt, daß sich die Planer der amerikanischen Weltpolitik – die Wehrmachtsführer und die imperialistisch-kapitalistischen Interessengruppen – je länger, je weniger um die politischen Grundanschauungen Englands, und gar noch Labourenglands, kümmern. Der «New Statesman» klagt (28. Juli) bitter über den «unbedingten Vorrang, den in den Vereinigten Staaten die Strategie über die Politik gewonnen» habe. «Achesons Stellung», so schreibt das Blatt,

«ist jetzt so jämmerlich schwach – und er hat ja selbst seinen Gegnern so viele Zugeständnisse gemacht –, daß die Führung der amerikanischen Außenpolitik an die Wehrmachtschefs übergegangen ist. Und nachdem einmal beschlossen war, Tschiang Kai-shek, die Japaner und die Deutschen wiederaufzurüsten, war es sicher, daß auch Franco bald als Bundesgenosse im amerikanischen Kreuzzug gegen den Kommunismus willkommen geheißen werden würde... Niemand kümmert sich darum, daß dieses einseitige amerikanische Vorgehen den Anspruch zunichte macht, der Atlantikpakt sei eine Teilhaberschaft gleichberechtigter Nationen... Im Falle der spanischen Wiederaufrüstung haben sich die Amerikaner überhaupt nicht bemüßigt gefühlt, unsere Zustimmung einzuholen. Die Vereinigten Staaten beschließen einfach, Spanien in das amerikanische Verteidigungssystem einzubeziehen; und wir dürfen uns mit der Illusion trösten, daß wir doch etwas erreicht hätten, indem wir die förmliche Aufnahme Francos in den Atlantikpakt verhindert hätten. Werden wir uns eines ähnlichen Trostes erfreuen, wenn einmal die deutsche Armee wiederaufgebaut wird?...

Amerika schafft sich jetzt eine neue Serie von noch gefügigeren Bundesgenossen, die mit Banden von Stahl und Gold an es gekettet sind. Indem es die Militär- und Wirtschaftsmacht der drei faschistischen Mächte wiederbelebt, zuerst gegen unsern offenen Widerstand und dann mit unserer murrenden Zustimmung, verschiebt es rasch das machtpolitische Gewicht innerhalb der nichtkommunistischen Welt... Jedermann gibt sich Rechenschaft darüber, daß die Unabhängigkeit Großbritanniens einen dritten Weltkrieg nicht zu überleben vermag. Wir haben jetzt die bittere Lektion zu lernen, daß sie wahrscheinlich nicht einmal Amerikas Vorbereitungen auf einen solchen Krieg überleben kann, es sei denn, diese Unabhängigkeit werde jetzt endgültig zur Geltung gebracht.»

Frommer Wunsch! Attlee, Morrison und ihre Regierungskollegen denken gar nicht daran, sich von der amerikanischen Machtpolitik unabhängig zu machen. Lieber lassen sie die Lebenshaltung des britischen Volkes durch die hemmungslose Aufrüstung recht empfindlich herabgedrückt werden und verzichten auf die Weiterführung ihrer früheren Politik sozialer und wirtschaftlicher Reformen. Ihr Antikommunismus ist so sehr die beherrschende Triebkraft ihrer ganzen Außenpolitik, daß sie wohl unwiderruflich zu Gefangenen derer geworden sind, die auf dem Weg der militärischen Abwehr oder Zerstörung des Kommunismus bis zum Ende – einem Ende mit Schrecken – zu gehen entschlossen sind, selbst wenn dabei mit andern Dingen auch England geopfert werden muß. Nicht besser steht es mit *Frankreich*, dessen Abhängigkeit von Amerika für die Aufrüstung gegen Rußland und für die Weiter-

führung des Kolonialkrieges in Indochina jede Wendung nach «links» in der Innenpolitik verhindert; die sich nun als Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung schon seit Wochen hinschleppende Regierungskrise wird vermutlich mit einer offenen Verschiebung des politischen Schwergewichts nach «rechts» hin enden. In *Italien* hat de Gasperi sein Kabinett bereits in diesem Sinne umgebildet. Die Sozialdemokraten wie freilich auch die Liberalkonservativen sind ausgeschieden, während der rechte Flügel der Christlichdemokraten, der insbesondere die Interessenten des Großgrundbesitzes umfaßt, seinen Einfluß verstärkt sieht. Ob das Kleinbürgertum, das unter der Deflationspolitik des Finanzministers Pella seufzte, durch dessen Entfernung von seinem Posten befriedigt worden ist, steht dahin, bleibt doch Pella weiterhin in der Regierung, wenn auch mit dem interessanten, aber etwas rätselhaften Titel eines «Ministers für Internationale Wirtschaftskoordination» . . .

Persien – ein Schulfall Die alte Gesellschaftsordnung zu konservieren, ist den bisher herrschenden Klassen in Westeuropa allerdings gelungen. Nicht aber die Zurückdrängung des Kommunismus. Denn was besagt schließlich der Verlust von etwa 10 Prozent ihrer Höchststimmenzahl, den die französischen Kommunisten bei den letzten Wahlen erlitten haben, wenn davon nur die autoritär-nationalistische Gaullistenbewegung profitiert hat, die eine Revolution im entgegengesetzten Sinn vorbereitet und der Vierten Republik ebenfalls den Tod geschworen hat? Auch in verschiedenen andern Ländern ist der Rückgang der kommunistischen Wählerschaft nicht derart, daß daraus schon weitgehende Schlüsse auf die Festigkeit des bürgerlichen Regimes gezogen werden dürften, noch ganz abgesehen von der vorrevolutionären Lage in Italien, die sich in dem Anschwellen der linksradikalen Bewegung spiegelt, und in Spanien, wo die Arbeiterunruhen jederzeit aufs neue ausbrechen können. Das alles ist eigentlich doch etwas erstaunlich, wenn man die Heftigkeit und Planmäßigkeit der antikommunistischen Propaganda des vergangenen Jahrfünfts, die Massivität der amerikanischen Wirtschaftshilfe, den Abfall Jugoslawiens vom Ostblock und den populären Glauben an die Kriegsabsichten der Russen in Betracht zieht. Es erscheint aber recht natürlich, wenn man sich vor Augen hält, daß der Kommunismus so lange die einzige ernsthafte Alternative zum Massenelend bleibt, als nicht ein radikaler Sozialismus eine wirkliche Lösung des «Weltproblems Nr. 1», das eben ein wirtschaftliches und soziales Problem ist, nicht zunächst ein solches der politischen Freiheitsrechte, anzubieten imstande ist. Daß die Hälfte der Erdbevölkerung in wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern lebt – oder vegetiert – mit einem Einkommen, das nur 5 bis 10 Prozent des amerikanischen Durchschnitts erreicht,

das ist eine derart grundlegende und erschütternde Tatsache, daß nur ganz durchgreifende und mit größten Mitteln unternommene Reformmaßnahmen den Explosionen zuvorkommen können, die aus der Empörung der hungrigen, aber erwachenden Klassen und Völker hervorzubrechen drohen.

Einen aktuellen Anschauungsunterricht zu diesem Gegenstand liefern uns die Ereignisse, die sich jetzt im Mittleren Osten – also in Vorderasien – abspielen. Typisch ist vor allem das politische Geschehen in *Persien*, von dem schon in einer früheren Rundschau kurz die Rede war. Hier sind all die Elemente vereinigt, die auch sonst den Hinter- und Untergrund der sozialen Revolution und der politischen Gegenrevolution in der Welt bilden; wer die Krise in Persien versteht, der versteht die politisch-soziale Krise in der Welt überhaupt.

Da ist erstens eine herausfordernd *widersinnige und ungerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur*. Das Land, dreimal so groß wie Frankreich, trägt eine Bevölkerung von nur 15 Millionen. Seine herrschende Klasse – Großgrundbesitzer, Kaufleute, Spekulanten, Offiziere und hohe Beamte – führt eine durchaus schmarotzerhafte Existenz. Die wirtschaftliche Erschließung Persiens liegt ihr so fern wie der Sirius; woran sie interessiert ist, das ist einfach die Erhaltung und Ausnützung des überkommenen Zustandes der Dinge, insbesondere einer Landbesitzordnung, die ihr erlaubt, bei unglaubhaft rückständiger Agrartechnik aus den Hunderttausenden von Pächterfamilien 60 Prozent des Bodenertrages als reinen Tribut herauszupressen, als arbeitsloses Einkommen, das sie dann auf verschwenderische Art in Teheran oder Paris durchbringt. «Sparkapital» aber wird zu Zinssätzen von 30 Prozent aufwärts angelegt. Begreiflich, daß die Masse der Bauern- und Arbeiterbevölkerung in Armut und Schmutz, Krankheit und Unbildung dahinlebt, ausgesogen nicht allein von den Grundherren und Kapitalisten, sondern auch von einem Heer nichtstuender Beamter und Staatsangestellter, deren Zahl sich auf mindestens 175 000 belaufen soll, in Teheran allein auf über 50 000. Das Finanzministerium zum Beispiel hat drei Unterstaatssekretäre, 17 Generaldirektoren und etwa 350 Beamte der höchsten Rangstufen.

Dann ist da zweitens ein sehr tätiger und gieriger ausländischer Kapitalismus, dessen Sinnbild und Mittelpunkt die *Anglo-Iranische Ölgesellschaft* ist. Gewiß hat die Anglo-Iranian – wie etwa die britischen Kapitalgesellschaften in Indien und die holländischen in Indonesien – auch bedeutende wirtschaftliche und zivilisatorische Leistungen aufzuweisen, die Persien selbst zugute gekommen sind. Aber im Wesen war ihre Tätigkeit doch eine solche der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes im Bunde mit der einheimischen Oberschicht, der sie einen Teil ihrer Riesengewinne ablieferte. Um was für Summen es sich dabei handelt und wie sie verteilt wurden, mag aus folgender Aufstellung hervorgehen:

	Abgaben an die persische Regierung	Steuern in England	Bruttogewinne
	(alles in Millionen Pfund Sterling)		
1947	15	7	34
1948	28	9	53
1949	23	13,5	41

Die Geschäfte der Anglo-Iranian, die damit verbundene Korruption der persischen Oberklasse und die politischen Machenschaften und Ränke, die von beiden Seiten betrieben wurden, riefen – und das ist ein dritter Punkt – wachsendem Unwillen im persischen Volk. Ja es entstand daraus eine eigentlich *national-revolutionäre Bewegung*, ähnlich wie in andern kolonialmäßig ausgebeuteten Ländern. Die Übernahme der Ölquellen und Raffinerien in Volksbesitz wurde zur zügigen Losung einer sich mehr und mehr ausbreitenden populären Propaganda, die über dieses nächste Ziel hinaus eine Gesamtumwälzung der Wirtschafts- und Staatsordnung erstrebt. Um diese Gefahr abzuwenden, bemächtigte sich die herrschende Klasse selbst der Forderung auf Verstaatlichung der Petrolgewinnung. Enteignung der Anglo-Iranian und Abschüttelung des britischen Imperialismus – die britische Regierung hat die größere Hälfte der Ölaktien in ihrem Besitz – als Mittel der *Gegenrevolution*, Nationalisierung des Erdöls als Blitzableiter, der die Volksempörung auf die Fremden lenken und die einheimischen Bedrücker in ihrer Besitz- und Machtstellung sichern soll – das ist der Kern der Lage, wie sie sich seit dem offenen Ausbruch des persisch-britischen Konflikts entwickelt hat.

Übersehen wir aber darüber nicht ein viertes, wichtiges Element dieser Lage. Die *Sowjetunion* hat sich streng jeder Einmischung in die gegenwärtige Krise enthalten. Es ist auch nicht etwa so, daß sie sich in der Tudeh-Partei eine «Fünfte Kolonne» geschaffen hätte. Die Tudeh-Partei ist überhaupt keine kommunistische Partei, wenn sie auch stärkste Sympathien für die Sowjetunion hat. Warum das? Die Antwort ist einfach: weil die Sowjetunion das Problem, mit dem Persien ringt, gelöst zu haben scheint und darum als Vorbild für die fällige Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung auch in Iran gilt. Nehmen wir das Beispiel Uzbekistans, eines der nächsten Nachbarn Persiens. Noch vor einem Menschenalter eines der rückständigsten, fast kulturlosen Gebiete Gesamtrußlands, ist es heute ein blühendes, aufstrebendes Land mit einer wachsenden, lebensvollen Bevölkerung. Der englische Oberst C. E. Ponsonby, ein konservativer Mann, der den Mittleren Osten aus langjähriger Anschauung kennt, hat schon 1945 in einem Vortrag berichtet: «Vor 21 Jahren betrug der Anteil der geschulten Menschen (die lesen und schreiben konnten), an der Gesamtbevölkerung 7 Prozent; so ziemlich der einzige Unterricht wurde in den mohammedanischen Schulen erteilt, und nur ganz wenige Frauen konnten überhaupt schreiben. Es gab eine oder zwei kleine Bewässerungsanlagen auf den Gütern des Zaren; Fabriken und Kraftwerke gab es gar nicht. Wie ist

die Lage nach 21 Jahren? Jetzt können 98 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben; es gibt 4000 Schulen, zwei Universitäten und mehrere technische Institute. Es gibt große, leistungsfähige Fabriken, große Bewässerungsanlagen, 20 Kraftwerke und neben anderem ein wundervolles Ballett und eine Oper, in deren Spielplan auch ‚Othello und Desdemona' vorkommt.» Wundert man sich, daß die Sowjetunion Millionen von Persern fast als Märchenland erscheint? Wenn es dann aber einmal zu einer wirklichen Revolution in Persien kommen sollte, ist es natürlich der auf Welteroberung ausgehende «Sowjetimperialismus», der dahinter steckt – wie überall, wo die Völker das Joch ihrer nationalen und internationalen Bedrücker abwerfen.

Und schließlich ein fünfter Punkt: Die gegenwärtige *britische* Regierung, die, wie gesagt, die Anglopersische Ölgesellschaft kontrolliert, hat in ihren Beziehungen zu Persien kaum merken lassen, daß sie eigentlich auf ein sozialistisches Programm verpflichtet ist. Wie die amerikanische «Monthly Review» (Juli 1951) feststellt: «Das Verhältnis Großbritanniens zu Iran ist immer rein ausbeuterischer Art gewesen, und die Labourregierung hat lediglich versucht, dieses Verhältnis so unbeschädigt zu erhalten, als die Umstände es erlauben mochten. Wenn etwas sicher ist, so dies, daß keine Nation zu Hause sozialistisch sein und gleichzeitig im Ausland andere Völker ausbeuten kann. Solange die britische Labourbewegung das nicht versteht, wird sie eher die Rolle eines Geschäftsführers des britischen Kapitalismus spielen als die des Urhebers eines britischen Sozialismus. Die iranische Krise zeigt so klar wie nur irgend etwas, daß sie es noch nicht verstanden hat.»

Tatsächlich sind es ironischerweise die Vereinigten Staaten gewesen, die Labour-England aus seiner Verlegenheit gezogen haben. Indem die Washingtoner Regierung zunächst einmal die Interessen der *amerikanischen* Ölgesellschaften hintanstellte und diejenigen des internationalen Gesamtkapitalismus in den Vordergrund schob, brachte sie – soweit wenigstens im Augenblick erkennbar ist – wirklich eine Verständigung zwischen Persien und Großbritannien zuweg, die sonst schwerlich Tatsache geworden wäre und deren Ausbleiben beide Streitparteien in die gefährlichsten Konflikte hätte stürzen können. Denn auch die persische Regierung hatte sich ja bös in die Nesseln gesetzt. In der Annahme, die nationalistische Bewegung für ihre Klassenpolitik benützen zu können, hatte sie Geister gerufen, die sie nun nicht mehr los wurde und die sie mit körperlicher Drohung, ja mit offenem Mord zwangen, die Verstaatlichung der Anglo-Iranian um jeden Preis durchzudrücken, obwohl sich immer deutlicher zeigte, daß ohne ganz umfassende Mitwirkung ausländischer Fachleute der Betrieb der Ölgesellschaft gar nicht aufrechtzuerhalten war. Diese Mitwirkung scheint nun das amerikanische Eingreifen gesichert zu haben, so daß unter Anerkennung des Grundsatzes der Verstaatlichung durch England und mit größerer Beteiligung der persischen Staatskasse an den Gewinnen der

Betrieb ungefähr in der bisherigen Weise fortgeführt werden kann. Daß Amerika dabei seine Sonderinteressen nicht vernachlässigt hat, versteht sich von selbst; mit einer Anleihe und sonstigen Hilfsgeldern sichert es sich verstärkten Einfluß auf die persische Politik und Wirtschaft, nachdem es mit einer ständigen Militärmission bereits die persische Armee weitgehend in die Hand bekommen und seine strategischen Belange in Iran – die kaukasischen Ölfelder sind von persischen Flugplätzen aus in wenigen Stunden zu erreichen – auch sonst wahrgenommen hat. Die Tätigkeit des «ehrlichen Maklers» machte sich also nicht schlecht bezahlt – oder soll man mit der vorhin erwähnten Zeitschrift eher von der Rolle eines «Vermittlers zwischen zwei Satelliten» reden, die Amerika im persischen Ölkonflikt gespielt habe?...

Jordanien – Israel Einigermaßen ähnliche soziale und politische Verhältnisse wie in Iran herrschen in *Jordanien*. Das Land, über dreimal so groß wie Palästina, hat nur den fünften Teil von dessen Bevölkerung. Die Masse des Volkes lebt in größter Armut; eine dünne Oberschicht von Grundbesitzern, Händlern und Beamten genießt einen relativen Wohlstand nur dank britischer Unterstützung, ist doch Jordanien bisher durchaus Kostgänger und Satellit Englands gewesen, das ihm in General Glubb Pascha einen militärischen Organisator von Rang und in Sir Alec Kirkbride einen gewiegten politischen und finanziellen Berater gestellt hat. Und in König *Abdullah* hatte Großbritannien eine zuverlässige Stütze seiner Orientpolitik – den letzten Freund, der ihm von einer ganzen Galerie abhängiger Feudaldespoten in den arabischen Ländern geblieben war. Seine Ermordung durch einen arabisch-palästinensischen Fanatiker ist darum ein schwerer Schlag für England; ja man sieht noch keineswegs klar, ob Jordanien als eigener Staat überhaupt weiterbestehen kann. Und dabei träumte Abdullah von einem *größeren* Jordanien – mit Syrien, Libanon und Irak, neben dem bisherigen Jordanien, als Gliedern –, das er schaffen und beherrschen könne! Damit ist es jetzt vorbei. Ja, gerade diese Pläne, wie Abdullahs allgemeine, auf Freundschaft mit England und Israel gerichtete Außenpolitik trugen ihm den tödlichen Haß der arabischen Nationalisten und der Machthaber der meisten übrigen vorderasiatischen Staaten, eingeschlossen Ägypten, ein, der ihm nun wirklich das Leben gekostet hat. Dabei ist aber stets zu bedenken, daß der Nationalismus auch auf arabischem Boden das nächstliegende Mittel der Herrschenden ist, um die innenpolitischen und besonders die sozialen Energien oppositioneller oder gar revolutionärer Art auf den «äußeren Feind» abzulenken. Das kann man sogar in unserer vorsichtigen «Neuen Zürcher Zeitung» lesen, die sonst derlei Zusammenhänge nicht gerade gern durchleuchtet. Ein allerdings aus Tel-Aviv schreibender Mitarbeiter des Blattes bemerkt (in der Nummer vom 29. Juli) zu der durch Abdullahs Ermordung geschaffenen Lage unter anderem:

«Westlichen Beobachtern ist es seit langem klar, daß die Hauptprobleme des Nahen Ostens *sozialer Natur* sind. Sämtliche Staaten des ‚fruchtbaren Halbmondes' haben neben einer dünnen herrschenden Schicht, die einen unverhältnismäßig hohen Prozentsatz des Nationaleinkommens abschöpft, eine Masse von Fellachen und Ansätze zu einem städtischen Proletariat – Leute, die kaum das Nötigste haben, um Leib und Seele zusammenzuhalten. Wie überall in Asien und Afrika, haben England und Amerika *Pläne für eine Besserung* dieser unhaltbaren Situation durch eine Entwicklung der wirtschaftlichen Möglichkeiten bereit.

Der Nationalismus, der sich oft mit *Fremdenhaß* paart, ist jedoch so stark und das Traumbild der nationalen Unabhängigkeit so verlockend, daß die Szene überall extrem nationalistische Gruppen zeigt, die eine unverhältnismäßig starke Rolle in der Politik spielen. Der Mörder Abdullahs wurde als ein Mitglied einer solchen Gruppe identifiziert, die unter dem Einfluß des früheren *Mufti von Jerusalem* steht, jenem Führer der palästinensischen Araber, der, von den Engländern verbannt, in Hitlerdeutschland auftauchte und jetzt bei Kairo lebt. Wie das persische Beispiel zeigt, gefährden solche Gruppen eine überlegte und rationale Politik.»

Der Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Jordanien und *Israel* ist durch Abdullahs Ermordung auf alle Fälle aufs neue erschwert worden. Und Israel selbst ist ja noch weit davon entfernt, ein innerlich gefestigter Staat zu sein. Die Wahlen vom 30. Juli haben zwar die hauptsächliche Regierungspartei, die Mapai, unerwartet gestärkt – ihr Stimmenanteil ist von 34,7 auf 42 Prozent gestiegen –, aber eben nur deshalb, weil der Sozialdemokratismus Ben Gurions und seiner Freunde allmählich so «undoktrinär» und «staatsmännisch» geworden ist, daß er für einigermaßen fortschrittliche Elemente unter den Neueinwanderern nichts Abschreckendes mehr haben konnte. Die Bildung einer neuen Regierungskoalition zusammen mit den sehr bürgerlichen, sehr antisozialistischen Allgemeinen Zionisten, die von 5 auf 18 Prozent der Gesamtstimmenzahl hinaufgeschnellt sind, wird der Mapai somit kaum größere Schwierigkeiten machen; die Schwierigkeiten werden erst bei der Bewältigung der übergroßen Probleme auftreten, die insbesondere der Massenzustrom neuer Einwanderer während der letzten Jahre geschaffen hat. Auch für die Weiterführung der äußeren Politik in der Richtung auf den Westblock zu ist die nötige Grundlage gesichert, hält doch die große Mehrheit der israelitischen Bevölkerung um der Landesverteidigung willen wie auch zum Zwecke der Gewinnung amerikanischer Anleihen und privater Kapitalien die Ausrichtung auf die Politik der Vereinigten Staaten für durchaus gegeben. Denn daß die Arabische Liga ihr Ziel – oder ihre Illusion – einer Zerschlagung des Judenstaates mit Hartnäckigkeit weiter verfolgt, lehrt die Bürger Israels der Augenschein jedes Tages. Und für einen neuen Krieg gerüstet zu sein, wird auch die zweite Regierung Ben Gurion als eine ihrer Hauptaufgaben erachten.

Indische Not Mittlerweile ist im indischen Subkontinent fast akute Kriegsgefahr entstanden. Es geht wieder um *Kaschmir*, das von einer mehrheitlich mohammedanischen Bevölkerung bewohnte

Bergland, das schon vor vier Jahren der neugeschaffene Staat Indien mit Waffengewalt seinem Nachbarn und Rivalen Pakistan vorzuenthalten suchte. Die endgültige politische Zuteilung Kaschmirs ist seither dauernd umstritten gewesen und eine Quelle blutigster Kämpfe geworden, so daß schließlich die Vereinten Nationen eingriffen und Indien aufforderten, den von ihm besetzten Teil des Landes zu räumen, damit eine vom Sicherheitsrat überwachte Volksabstimmung durchgeführt werden könne. Indien weigerte sich beharrlich, der Aufforderung nachzukommen, und zog neuerdings sogar beträchtliche Streitkräfte an den Grenzen Kaschmirs zusammen, um seinen Willen, Kaschmirs Anschluß an Pakistan um jeden Preis zu verhindern, möglichst eindrücklich kundzugeben. Die Panik, die daraufhin Pakistan ergriffen hat, ist wohlverständlich, kann aber leicht zu Reaktionen führen, die den Krieg der beiden Brudervölker in aller Form entfesseln müßten. Wenn der Sicherheitsrat *hiergegen* die Machtmittel aufböte, über die er verfügt, so fände er gewiß, anders als im Fall Korea, die Zustimmung der ganzen übrigen Welt. Aber eben – hier spielt der Kommunismus, der offenbar allein die UNO wirklich in Bewegung zu setzen vermag, noch keine wesentliche Rolle, so daß sich die mehr oder weniger an dem Streitfall interessierten Mächte, einschließlich Amerika, auf bloße diplomatische Vermittlerdienste und wohlgemeinte Ratschläge an die beiden Parteien beschränken. Und doch *kann* einmal die Kommunismusfrage auch für Indien und Pakistan brennend werden – dann nämlich, wenn das auch hier allbeherrschende soziale Problem derart unlösbar geworden ist, daß die Gewaltrevolution der einzige Ausweg zu werden scheint.

Das hat die indische Regierung theoretisch längst erkannt. Nur sind die praktischen Maßnahmen, die sie bisher ins Werk gesetzt hat und die neuerdings die Nationale Planungskommission in einem ersten Fünfjahrplan weiter zu entwickeln vorschlägt, so dürftig und unwirksam, daß es fraglich ist, ob der Not der riesigen indischen Volksmassen dadurch rechtzeitig gesteuert werden kann. Und diese Not ist schlechthin grauenhaft. In einem vor kurzem erschienenen Buch «L'Inde devant l'orage» («Indien vor dem Gewitter»), aus dem der Pariser «Esprit» einen Auszug veröffentlicht hat, gibt Tibor *Mende* davon ein wahrhaft niederdrückendes und zugleich aufreizendes Bild. Oder mit was für Gefühlen kann man sonst Tatsachen zur Kenntnis nehmen wie die, daß von den 90 Prozent Indern, die in den 500 000 Dörfern leben, der größte Teil von Geburt an zum langsamen oder auch schnellen Hungertod verurteilt ist? Daß in diesen Dörfern von zwei Kindern unter zehn Jahren immer je eines sterben muß? Daß die durchschnittliche Lebensdauer der Landbevölkerung, die 1881 immerhin noch 30 Jahre betrug, bis heute auf weniger als 23 Jahre gefallen ist? Daß der Inder im Durchschnitt kaum den zwanzigsen Teil des Einkommens eines Engländers bezieht und die meisten Bauern (wenn man diese ver-

elendeten Landproletarier so heißen will) mehr als 200 Tage im Jahr arbeitslos und verdienstlos sind und den Rest der Zeit über nur teilweise Beschäftigung haben?

Genug – man muß die Schilderung Mendes gelesen haben, um den ganzen unsagbaren Jammer der untermenschlichen Existenz dieses Volkes wenigstens zu ahnen. Und noch immer geschieht so gut wie nichts, um das Grundproblem des modernen Indien auch nur einigermaßen annehmbar zu lösen. «Monat für Monat», so schreibt Mende, «habe ich mir den Weg durch Sturzbäche von Wortakrobatenkünsten der indischen Presse gebahnt, ohne auch nur eine einzige wirksame Maßnahme, eine einzige tatkräftige Aktion entdecken zu können, die darauf abzielte, der schmachvollen Sklaverei ein Ende zu setzen, die 90 Prozent der Bevölkerung in Ketten schlägt.»

„Opfer militärischen Denkens" Es wäre wahrlich besser, die «freie» Welt des Westens kümmerte sich um *diese* Zustände und hülfe ihnen ab, statt sich täglich neu über die «kommunistischen Sklavenhalter» zu entrüsten und den heiligen Krieg gegen sie vorzubereiten! Und die westlichen, wirtschaftlich und zivilisatorisch fortgeschrittenen Nationen *könnten* der Not Indiens wie aller zurückgebliebenen Länder abhelfen, wenn sie nur *wollten*, das heißt, wenn sie sich entschlössen, die ohnehin unaufhaltsame nationale und soziale Freiheitsbewegung der wirtschaftlich versklavten Völker zu fördern, anstatt sie zu unterdrücken oder doch nur ganz lässig zu unterstützen. Aber gerade das wollen sie nicht, mindestens nicht die führenden unter ihnen. Den Kampf Tschiang Kai-sheks gegen die chinesische Revolution haben die Vereinigten Staaten mit über 3 Milliarden Dollar subventioniert; für die Hilfe an die unterentwickelten Völker, gemäß dem berühmten Punkt 4 von Trumans Regierungsprogramm, haben sie bisher ganze 45 Millionen zur Verfügung gestellt!* Auch ein neuer Plan für die wirtschaftliche Förderung rückständiger Länder *ohne* Regierungsgelder – er ist im sogenannten Rockefeller-Bericht niedergelegt – bleibt weit unter den Mindestanforderungen, die an dieses Werk gestellt werden müssen. Fritz Sternberg bezeichnet ihn in der Neuyorker «Nation» (30. Juni) einfach als «imperialistische Politik, angepaßt an die amerikanischen Wirtschaftsbedürfnsse in einer Periode der Wiederaufrüstung». Ja, glaubt man auf diesem Wege wirklich weiterzukommen? Oder bildet man sich ein, einer planmäßigen Kraftanstrengung zur Behebung der großen Völkernöte gar nicht zu bedürfen, erschöpfe man sich doch schon genug in Vorbereitungen, um die *Folgeerscheinungen* dieser Nöte, den Kommunismus, *militärisch* in Schach zu halten? Dann lasse man sich von dem

* Auf je 300 Dollar, die Amerika im abgelaufenen Finanzjahr für Militärzwecke ausgegeben hat, hat es je einen Cent für Hilfe an notleidende Völker «geopfert».

allerdings liberal angehauchten und noch von Roosevelt berufenen amerikanischen Bundesrichter Douglas sagen, daß das amerikanische Volk «das Opfer einer militärischen Philosophie geworden» ist, die es «in Asien an den Rand des Abgrundes geführt hat». Der Kommunismus, so schreibt Douglas in der Zeitschrift «Look», gewinne die Massen mit der Verheißung von Reformen, deren geschichtliche Ursprünge nicht in Rußland, sondern in den Vereinigten Staaten lägen. In Asien sei aber die amerikafeindliche Stimmung jetzt so stark, daß sie vielleicht sogar in einen Kreuzzug gegen Amerika umschlagen werde. Und der Schlüssel zu Asien sei Indien geworden. «Wenn Indien kommunistisch wird, dann ist ganz Asien verloren ... Wir stehen in der Tat am Rande des Abgrundes. Die Gefahr droht uns nicht von der bewaffneten Macht Rußlands. Unsere Unsicherheit rührt von unserem Unvermögen her, das Schicksal Asiens zu beeinflussen. Der Kommunismus erobert Asien durch unsere Fehler. Wir wurden weitgehend gelähmt, weil wir die Opfer eines militärischen Denkens geworden sind.»

Es ist Amerikas Unglück, daß seine führenden Schichten das nicht begreifen. Wenn auch *wir*, die Menschen und Völker Westeuropas, es nicht endlich begreifen, vielmehr als Opfer des gleichen militärischen Denkens, das Amerika im Bann hält, fortfahren, uns von den Vereinigten Staaten und ihren Helfern auf dem Wege der Kriegsrüstungen immer weiter vorantreiben zu lassen, dann wird es auch uns zum Unglück ausschlagen – noch viel mehr als dem immerhin durch zwei Weltmeere geschützten Amerika.

2. August. *Hugo Kramer.*

Europa

Wer sie verstünde, die unerlöste, die Sprache
der Stillen im Lande, wer sie beredt machen könnte,
die Männer am Pflug und die Frauen in Hoffnung,
die Männer vor Kohle und Erz,
die Männer im Steingebirge verschütteter Städte,
die auf den Schultern Steine tragen für Künftige,
wer die Zunge lösen könnte den Jungen,
die sich verlieren wollen und wissen nicht wem,
wer die Sprache verstünde derer,
die Gott verschweigen in Demut,
wer die Seufzer zu deuten wüßte und
die stummen Gebete schlafloser Nächte
im Norden und Süden, im Osten und Westen
des Kontinents,
der allein wüßte die Sprache der Zukunft.
Modrig ist der millionenfältige Wortschwall,
stockfleckig und staubig,